



Presseinformation

Nr. 26.136

06.05.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 15 – Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe – Leistungsvermögen und Herausforderungen

Dazu sagt der bildungspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Malte Krüger**:

Licht und Schatten bei den Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

Gemeinschaftsschulen ohne, aber auch mit Oberstufen sind eine zentrale Säule in unserem Schulsystem. Sie haben kreative Möglichkeiten, Schulentwicklung voranzubringen. Ich kenne zahlreiche Beispiele aus der Praxis: innovative Unterrichtskonzepte, starke Berufsorientierung, intensive Beziehungsarbeit, die jungen Menschen echte Chancen eröffnen. Diesen 136 Schulen kommt die besondere Verantwortung zu, allen Schülerinnen und Schülern einen Schulabschluss zu ermöglichen und gleichzeitig höhere Bildungswege offen zu halten. Und genau deshalb ist das Thema der Großen Anfrage der SPD auch so wichtig. Denn wenn wir wollen, dass sich Schulen weiterentwickeln, dann brauchen sie dafür gute Rahmenbedingungen. Nur Schulen, die ausreichend unterstützt werden, haben überhaupt die Kraft, Schulentwicklungsprozesse anzustoßen und dauerhaft erfolgreich zu gestalten. Und genau das wollen wir doch: dass Schulen sich weiterentwickeln und nicht beim Status quo stehenbleiben.

Einig sind wir uns zwischen Opposition und Regierung, was die Wertschätzung der Gemeinschaftsschulen angeht. Das wird in den Vorbemerkungen dieser Großen Anfrage sowohl von Seiten der SPD, als auch von Seiten der LR deutlich. Das ist wichtig. Denn diese Schulen leisten enorm viel für unser Bildungssystem. Sie sind Orte individueller Förderung, sozialer Integration und gelebter Bildungsgerechtigkeit. Auch der Gemeinschaftsschulverband weist in seiner Pressearbeit deutlich darauf hin, wie vielfältig die Arbeit dieser Schulen ist: Austauschprogramme, kulturelle Projekte oder auch Wettbewerbe – all das leisten Gemeinschaftsschulen mit und ohne Oberstufe jeden Tag.

Aber, meine Damen und Herren, Licht bedeutet eben auch: Es gibt Schatten. Und einer dieser Schatten ist die Situation der Lehrkräfte und vor allem die Art und Weise, wie wir in Schleswig-Holstein Lehrkräfte für unsere Schulen ausbilden! Die Statuserhebung zur

Arbeitsfähigkeit und Gesundheit zeigt deutlich: Die Arbeitszufriedenheit an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe ist schlechter als an anderen Schularten. Das ist ein Warnsignal. Die Belastungen – Leistungsdruck, zunehmende Aufgaben, emotionale Belastungen – mögen ähnlich hoch sein wie anderswo. Aber die geringere Arbeitszufriedenheit muss uns aufhorchen lassen. Denn wir alle wissen doch: Gute Schule funktioniert nur mit motivierten Lehrkräften. Deshalb müssen wir diese Entwicklung sehr genau im Blick behalten. Gleichzeitig gibt es auch positive Entwicklungen. Der Anteil der Lehrkräfte, die vorzeitig aus dem Dienst ausgeschieden sind, ist zwischen 2017/18 und 2024/25 von 3,7 Prozent auf 2,8 Prozent gesunken. Das ist zunächst einmal eine gute Nachricht. Es zeigt: Stabilisierung ist möglich. Und das sollten wir auch anerkennen.

Problematisch bleibt allerdings die Situation bei den Schulleitungen. Die Große Anfrage zeigt, dass die Besetzung neuer Schulleitungsstellen häufig länger dauert und oftmals noch nicht abgeschlossen ist, wenn die bisherige Schulleiterin oder der bisherige Schulleiter bereits in den Ruhestand geht. Das ist für Schulen eine enorme Belastung. Nun muss man fairerweise sagen: Die Landesregierung hat dieses Problem erkannt. Mit der Drucksache 20/3241 wurden bereits Maßnahmen entwickelt und erste Schritte unternommen, um die Situation zu verbessern. Das ist richtig und wichtig. Aber wir müssen sehr genau beobachten, ob diese Maßnahmen tatsächlich Wirkung entfalten. Denn funktionierende Schulleitungen sind entscheidend für gelingende Schulentwicklung.

Ein weiteres Thema ist der Schwimmunterricht. Auf Seite 48 der Großen Anfrage wird ausgeführt, dass 9 Schulen Herausforderungen bei der Sicherstellung des Schwimmunterrichts haben. Gerade Schwimmen ist aber kein Luxusfach. Es geht um Sicherheit, Teilhabe und Gesundheitsförderung. Deswegen ist es gut, dass diese Schulen andere Möglichkeiten haben über Blockunterricht oder Kooperationen mit Vereinen.

Die Große Anfrage zeigt deutlich, dass es in fast allen Fächern ein zunehmendes Problem gibt, den Unterricht mit voll ausgebildeten Lehrkräften zu besetzen. Fachfremder Unterricht und der Einsatz nicht grundständig ausgebildeter Lehrkräfte gehören zum Alltag der Gemeinschaftsschulen. Das sagt erstmal nichts über guten oder schlechten Unterricht aus, aber unser Anspruch sollte immer Unterricht von Fachlehrkräften sein. Auf die Frage, wie viele Lehrkräfte WiPo, Geographie oder Geschichte unterrichten, ohne das Fach studiert zu haben, lautet die Antwort: Wirtschaft/Politik: 447 Lehrkräfte – das sind 60,7 Prozent; Geographie: 37,7 Prozent; Geschichte: 22,8 Prozent; Weltkunde: sogar 49 Prozent. Meine Damen und Herren, das ist eine problematische Entwicklung. Gerade vor dem Hintergrund der ICCS-Studie müssen uns diese Zahlen beschäftigen. Denn die Studie zeigt, dass Lehrkräfte mit sozialwissenschaftlichem Hintergrund häufig besser mit Extremismus, Demokratiefeindlichkeit und kontroversen gesellschaftlichen Debatten im Unterricht umgehen können, als dies fachfremde Menschen können. Und gerade in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung brauchen wir starke politische Bildung an unseren Schulen. Dafür brauchen wir gut ausgebildete Lehrkräfte im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich. Die Pressemitteilung des Gemeinschaftsschulverbandes weist völlig zu Recht darauf hin, dass es strukturelle Probleme in der Lehrkräfteausbildung gibt. Für mehrere Fächer gab es über Jahre hinweg keine Studienanfängerinnen und Studienanfänger für das Lehramt Sekundarstufe I/Gemeinschaftsschulen. Das zeigt: Wir müssen bei der Lehrkräfteausbildung neue Wege gehen. Wir brauchen attraktivere Ausbildungswege,

stärkere Anreize und eine bessere Verzahnung zwischen Studium und dem Vorbereitungsdienst und den Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe. Sonst wird sich der fachfremde Unterricht weiter verschärfen.

Mir ist außerdem aufgefallen, dass wir über 40 Schulen haben, wo es Kooperationsvereinbarungen gibt, die aber keinen Anspruch auf einen Platz in der Oberstufe haben (S. 207ff.). Das halte ich für ein Problem in unserem Bildungssystem. Das ist jetzt gerade kein großes Problem, aber es könnte bei wachsenden Schüler*innenzahlen zu einem Problem für betroffene Schulen werden. Wir müssen diese Frage weiter bewegen und die betroffenen Schulen unterstützen, dass es verbindliche Regelungen gibt!

Ich bleibe dabei: Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe sind eine starke und moderne Schulform. Sie leisten Herausragendes für Bildungsgerechtigkeit, Integration und individuelle Förderung. Sie haben kreative Möglichkeiten, Schulentwicklung voranzubringen. Aber genau deshalb brauchen sie auch unsere politische Unterstützung. Vor allem sollten wir in moderne und praxisnahe Schulentwicklung investieren und die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss verringern. Denn nur Schulen mit guten Rahmenbedingungen können sich weiterentwickeln. Nur dann entstehen innovative Konzepte. Nur dann gelingt echte Schulentwicklung.

Und genau das sollte unser gemeinsames Ziel sein: Nicht Stillstand, sondern Weiterentwicklung. Nicht Verwalten, sondern Gestalten mit dem Ziel besser zu werden. Und genau dafür brauchen die Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe unsere volle Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Ich freue mich über den Austausch im Ausschuss.

Vielen Dank.

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de